



Freiheitskampf

Amtliche Tageszeitung der NSDAP Gau Sachsen

In des behördlicherseits bestimmte Blatt zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmannes zu Dresden sowie aller zum Besten der Amtshauptmannschaft gehörigen Oberbürgermeister und Bürgermeister, des Polizeipräsidenten Dresden, der Amtsgerichte Dresden, Pirna, Radeberg, Radeburg und Tharandt, des Landbauamtes Dresden, des Reichsausschusses Dresden, der Justizabteilung Dresden, der Finanzämter Dresden: Innen-, Steuer-, Wirtschaft-, Arbeits-, Gesundheits-, Verkehrs-, Wasser-, Forst- und Jagd-, der Hauptstaatsanwaltschaft Dresden-N. und Dresden-S., weiterhin aller dem Reichlichen Finanz-, Wirtschafts- und Volksbildungsministerium unterstellten Behörden.

Bezugspreis: Einzelheft 1.40 Pfl. (einkl. 43 Pfl. Vertriebskosten bzw. 48 Pfl. Einlegergebnis). Druck: Druck-Verlagsgesellschaft Dresden, 43 Pfl. (einkl. 43 Pfl. Vertriebskosten bzw. 48 Pfl. Einlegergebnis). Druck: Druck-Verlagsgesellschaft Dresden, 43 Pfl. (einkl. 43 Pfl. Vertriebskosten bzw. 48 Pfl. Einlegergebnis).

Nr. 14. Mittwoch, 15. Januar 1936

Anzeigenpreise: 2. Aufl. Preis Nr. 13. Anzeigenpreis: 2. Aufl. Preis Nr. 13. Anzeigenpreis: 2. Aufl. Preis Nr. 13.

Zusammenarbeit zwischen England und USA.

Japan protestiert gegen die Fortsetzung der Londoner Flottenkonferenz durch die vier anderen Mächte

Abgang in dip'omatiscen Formen

London, 14. Januar.

Nachdem die japanische Abordnung für die Londoner Flottenkonferenz den Engländern ihren endgültigen Entschluß mitgeteilt hatte, die Konferenz zu verlassen, legte sie am Dienstag Einspruch gegen die Absicht ein, die Verhandlungen in der Form einer Viermächtekonferenz fortzusetzen. Die britischen und amerikanischen Juristen erkannten diesen Einwand jedoch nicht als berechtigt an. Die Besprechungen werden also ihren Fortgang nehmen. Ob die Japaner einen Beobachter in London zurücklassen, steht noch nicht fest. Sinegen hat die Sowjetregierung einen Marinebeigeordneten für London ernannt, der sich an den künftigen Arbeiten beteiligen wird.

Der japanische Entschluß ist zwar noch nicht in offizieller Form sämtlichen Teilnehmern der Konferenz übermittelt worden. Dies wird jedoch auf der Mittwochssitzung geschehen. Die Entscheidung über die Form, in der dies geschehen soll, stellt einen Sieg der japanischen Diplomaten über die militärischen Vertreter dar. Diese hatten gewünscht, daß eine ausgesprochene unangenehme Erklärung abgegeben werde, in der das Recht Japans auf Gleichheit gefordert würde; aber die Diplomaten bestanden auf einer Erklärung, die eine launische Sprache und einen Appell an die Weltmeinung zugunsten einer Abklärung darstellte.

Nach Abgabe der japanischen Erklärung wird sich die Konferenz bis zum Freitag vertagen. An diesem Tage werden die anderen Abordnungen, und zwar in alphabetischer Ordnung, die Gründe bekanntgeben, warum der japanische Vorschlag für sie unannehmbar sei. Nachdem die Japaner die Ablehnung ihrer Vorschläge durch die anderen Abordnungen angehört haben — eine formelle Abstimmung wird nicht erfolgen —, werden sie am Freitag stillschweigend die Konferenz verlassen und „als Abordnung keinen weiteren Anteil an der Konferenz mehr nehmen“.

Dieses Ende des ersten Abschnittes der Flottenkonferenz kann natürlich nicht überraschen. Vielmehr war bei den starken Gegensätzen zwischen den Japanern und den angelsächsischen Mächten von vornherein keine Möglichkeit für gemeinsam umfassende Abmachungen ersichtlich. Wie sich nun die Dinge weiter entwickeln werden, läßt sich mit Sicherheit nicht voraussagen. Die Vermutung liegt nahe, daß England und die Vereinigten Staaten gewisse Sonderabmachungen treffen werden, um sich gegenseitig ihre Positionen im Fernen Osten zu garantieren. Daß dies in der Form eines ausgesprochenen Bündnisses geschehen wird, ist wenig wahrscheinlich; eine Zusammenarbeit in der Ausarbeitung der Flottenbauprogramme und eine genaue gegenseitige Unterrichtung über alle militärischen Maßnahmen in Ostasien dürfte dagegen ins Auge gefaßt werden. Auf Seiten der Amerikaner wird man daher das Auscheiden der Japaner aus der Konferenz nicht unbedingt als einen Nachteil empfinden, da die Admiralität der Vereinigten Staaten von vornherein den Standpunkt vertrat, zwischen ihr und Tokio sei ein beiderseits befriedigendes Abkommen nicht zu erzielen, nachdem Japan unter keinen Umständen mehr bereit war, die Washington-Londoner Verträge aufrechtzuerhalten.

Gewiß werden die Japaner, nachdem sie in einer deutlichen Demonstration prinzipiell ihren Anspruch auf Gleichheit mit England und den Vereinigten Staaten betont haben, sich bemühen, die angelsächsischen Mächte nicht über die Maßnahmen zu beunruhigen und sie so einer zwangsläufig immer engeren Zusammenarbeit

zu veranlassen. In diesem Sinne sind bereits Äußerungen zu vernehmen, die der erste japanische Vertreter in London, der Admiral Katsuno, englischen Pressevertretern gegenüber abgab. Er erklärte, Japan beabsichtige nicht, seine Flotte bis zur Stärke Englands oder Amerikas aus-

zubauen, obwohl es durch das derzeitige amerikanische Bauprogramm in hohem Maße beunruhigt sei. Wenn nicht die anderen Mächte Veranlassung zu einem Flottenwettrennen geben, so werde sich auch Japan zurückhalten. Trotzdem spricht natürlich alles dafür, daß nunmehr im nächsten Jahr, wenn die bisher noch geltenden Begrenzungsverträge abgelaufen sind, eine starke Aufrüstung auf den Meeren einsetzt, wobei sich die Mächte gegenseitig in die Höhe schrauben werden.

Wiener Wirtschaftspläne in Jugoslawien

Nebenabsichten Schuschnigg bei seiner Reise nach Prag

Wien, 14. Januar. (Eig. Bericht.)

In Belgrad beobachtet man die bevorstehende Reise des österreichischen Bundeskanzlers Schuschnigg nach Prag nicht ohne Beforgnis. Bei dem eigentlichen Zweck der Zusammenkunft zwischen den leitenden Männern der Tschechoslowakei und dem Vertreter der österreichischen Regierung — Annäherung Wiens an das System der Kleinen Entente mit Rückversicherung nach Paris — ist es klar, daß auch Jugoslawien in der zwischen Prag und Wien gesponnenen Kombination eine wichtige Rolle zufällt. Es gibt indes seit langem keinen Zweifel, welches die Einstellung der jugoslawischen amtlichen Kreise wie auch des jugoslawischen Volkes ohne Unterschied der Stämme gegenüber den Unternehmungen des österreichischen Regimes ist, das einerseits strategische Straßen von der italienischen zur südslawischen Grenze über österreichisches Gebiet baut und gleichzeitig in Verbindung mit der Habsburger Frage geneigt ist, die Einheit des jugoslawischen Staates in Frage zu stellen. Erst vor einigen Tagen hat die halbamtliche Belgrader „Breme“ sehr deutlich festgestellt, daß Jugoslawien in der Habsburger-Frage entschieden die Berliner Linie beziehe.

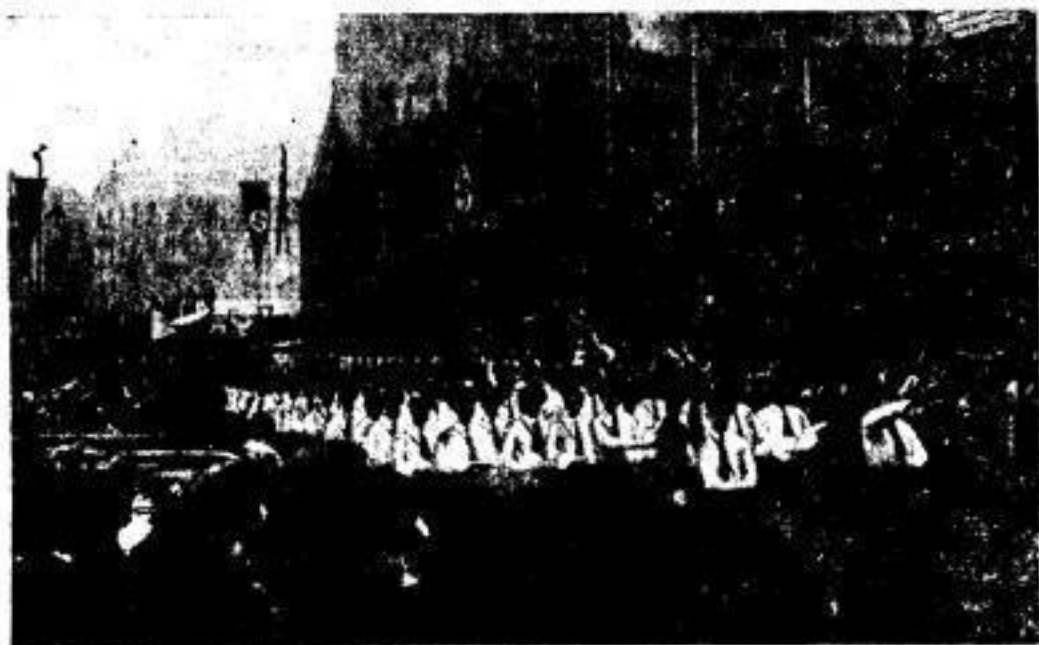
Um so grotesker wirkt es, wenn man jetzt erfährt, daß Herr Dr. Schuschnigg nicht nur die Vermittlung der Tschechoslowakei, sondern geradezu die Zustimmung der Prager Regierung zu Erleichterungen erbitten will, die Jugoslawien der österreichischen Industrie zu gewähren hätte. Das heißt, daß Österreich von Jugoslawien Vorzugszölle für Industrieerzeug-

nisse verlangen will und sich vorher die Duldung der Tschechoslowakei zu sichern sucht, die dadurch in ihrem Industrieexport nach Jugoslawien, ebenso wie alle anderen nach Jugoslawien exportierenden Staaten, Einbußen erleiden würde. Ganz abgesehen davon, daß Jugoslawien solche Vorzugszölle nur unter Abänderung der Wehrzahl seiner Handelsverträge, vor allem auch des Vertrages mit seinem weitaus wichtigsten Handelspartner Deutschland, zugehen könnte, scheint es schon aus politischen Gründen gänzlich unwahrscheinlich, daß die jugoslawische Regierung nuncmehr die wirtschaftliche Unterstützung der legitimistischen Wiener Regierung übernehmen könnte.

Ruch der Senat für den Bonus

Washington, 14. Januar.

Der Finanzausschuss des amerikanischen Senats hat am Dienstag mit 15 gegen 2 Stimmen die Vorlage über die Kriegsteilnehmerentlastungen abgelehnt, die vom Repräsentantenhaus bereits angenommen worden ist. Ein republikanischer Ausschussmitglied gab bekannt, daß Schatzsekretär Morgenthau vor dem Ausschuss zur Bonus-Vorlage keine Stellung genommen, jedoch erklärt habe, daß die Regierung in den nächsten anderthalb Jahren mindestens 11 Milliarden Dollar aufbringen müsse. Davon entfielen etwa zwei Milliarden auf die Entschädigungszahlungen aus der Bonus-Vorlage. Die Staatsschuld wird sich nach Schätzung Morgenthaus hierdurch am Ende des nächsten Haushaltsjahres auf 35,5 Milliarden Dollar erhöhen.



Die Saar gedachte ihres Abstimmungslegetes

Der Befreiungsmarsch vor Reichsminister Dr. Frick und Gauleiter Bürckel auf dem Platz der Deutschen Front in Saarbrücken. Die alten Saarkämpfer tragen die Kleidung des ehemaligen Ordnungsdienstes der Deutschen Front: Weiße Hemden, schwarzen Schlips.

Streiflichter

Saarlautern

Die Umbenennung von Saarlouis in Saarlautern wird von einem Teil der französischen Presse zum Anlaß politischer Erörterungen genommen, die jedes Verständnis für den Sinn dieser Handlung vermissen lassen. So kann man beispielsweise in einem Organ der Rechten lesen, das Saargebiet zeige auf Schritt und Tritt neben den Zeugnissen der deutschen auch solche der französischen Kultur. Es müsse dabei Frankreich verbleiben, wenn plötzlich geistliche Erinnerungen an den „friedlichen französischen Einfluß“ zum Verschwinden gebracht würden. In Demonstrationen dieser Art liege eine pessimistische Note, zumal wenn gleichzeitig von einer deutsch-französischen Annäherung gesprochen werde.

Es gehört schon ein gutes Maß historischer Kühnheit — um es höflich zu sagen — dazu, gerade in Verbindung mit Saarlouis von friedlichen französischen Einflüssen zu reden, die zur Gehaltung des Saargebietes beigetragen haben. Es hat sich inzwischen ja wohl herumgesprochen, daß dieser Ort den Namen, den er durch zweieinhalb Jahrhunderte trug, einer willkürlichen Vergewaltigung Ludwigs XIV. verdankt, daß ein deutsches Gemeinwesen, das ursprünglich an seiner Stelle stand, in Rauch und Trümmern vergehen mußte, damit die neue Stadt vom „friedlichen Geist“ des Sonnenkönigs lebe. Weiter soll es noch gar nicht allzulange her sein, daß Herr Clemenceau gerade Saarlouis als französisches Gebiet ausgab und nicht weniger friedlich als einst Ludwig XIV. darauf hinarbeitete, das Saargebiet von seinem Mutterlande loszureißen.

Einem Franzosen, der es mit dem Glauben an die französische Friedensliebe in der Gegenwart ernst nimmt, sollte es daher nur angenehm sein, einen Namen verschwinden zu sehen, an dem sich für die französische Politik erhebliche Belastungen knüpfen. Die Rückkehr zu der alten deutschen Bezeichnung Saarlautern bringt ja nichts anderes zum Ausdruck, als was die Abstimmung vor einem Jahr der aufstrebenden Welt einprägnant genug zeigte: Das Saargebiet ist deutsches Land, ein unveräußerlicher Teil des Reiches. Wenn Frankreich dies anerkennt, — und es hat es anerkannt — so besteht an sich kein Hindernis mehr für einen Ausgleich zwischen den beiden Nationen. Deutschland erneuert heute das Friedensangebot, das Adolf Hitler vor einem Jahr über die Weltgrenzen des Reiches hinausrief. Es will eine böse Vergangenheit begraben, das heißt Saarlautern! Weiterleben kann das nur ein Geist, der dem Frieden nicht aufgeschloffen ist.

Schönheit der Arbeit

Die marxistischen Klassenkämpfer haben zwar einst ihren Anhängern tolle Dinge zu erzählen gewußt, wenn es galt, in den Wahlversammlungen die mühsam ertölpelten Sozialisten erneut zu führen. Wie sie 14 Jahre lang zur Genüge bewiesen, lag ihnen in der Praxis nicht das geringste an einer Besserung des Lebensniveaus des deutschen Arbeiters. Die Herren, die mit Barmat und Kautler auf du und du standen, und mit einem Stolz zu vertehren pflegten, hatten bis auf wenige rühmliche Ausnahmen ihre „proletarische“ Herkunft gar bald vergessen. Die Atmosphäre gewisser antistatistischer Judenklubs war ihnen vertrauter als die Arbeitsstätten der Arbeiter, für die sie zu „lämpfen“ vorgaben. Wohnte der Prolet über irgendwelche Mißstände klagte, so rief er wolle: das war es ja gerade, worauf es die Volksvertreter der roten und rotaten Internationale ankam: Die Unzufriedenheit der einen gegen die Ausbeutermetho-